

Medienmitteilung

4. November 2008

| | |
|----------------|--|
| Thema | Grünliberale zur Finanzkrise |
| Für Rückfragen | Martin Bäumlé, Tel 079 358 14 85 |
| Absender | Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch |
| Datum | 4. November 2008 |

Grünliberale zur Finanzkrise

Die Grünliberalen stehen für eine langfristig nachhaltige Wirtschaft ein. Deshalb verurteilen sie auch die überhöhten Bezüge gewisser Manager und Investment Banker sowie kurzfristig orientierte Anreizsysteme. Jedoch gilt es, überstürzte und unüberlegte Regulationen zu vermeiden. Das Paket der SNB und des Bundes zur Stützung der UBS waren nötig und richtig. Das Wichtigste ist jetzt, dass die KMU in unserem Land weiterhin an günstige Kredite kommen und dass zusätzliche Regulierungen nicht auf Kosten der KMU gehen. Das Ziel der Nachhaltigkeit ist bei der anstehenden Revision des Aktienrechts zu berücksichtigen. Zudem muss die Schweizer Volkswirtschaft längerfristig unabhängig werden von Klumpenrisiken, auch im Finanzsektor.

An ihrer Vorstandssitzung haben sich die Grünliberalen Schweiz auch mit der Finanzkrise auseinandergesetzt. Präsident und Nationalrat Martin Bäumlé, Mitglied der Finanzkommission, wies darauf hin, dass das Paket notwendig war, um den Finanzplatz CH zu stützen und damit mögliche negative Folgen für die gesamte Schweizer Volkswirtschaft zu vermeiden. Es handelt sich nicht um eine Finanzspritze im klassischen Sinn, sondern um eine Investition der SNB und des Bundes. Diese Investition ist sicher mit Risiken behaftet, bietet aber auch Chancen für Gewinne der SNB und des Bundes. Der Bund erhält zudem eine risikogerechte hohe Verzinsung der Anleihe.

Aktionäre müssen gestärkt werden

Die Grünliberalen Schweiz finden es wichtig, dass jetzt nicht eine Welle von unüberlegten Regulierungen über das Land und das Bankensystem bricht. Vielmehr gilt es, die Aktionäre bei der anstehenden Aktienrechtsrevision markant zu stärken und dabei auch das Problem der institutionellen Anleger zu berücksichtigen. Heutzutage können viele Aktieninhaber gar keinen Einfluss nehmen, weil sie lediglich über ihre Pensionskasse oder über einen Fonds beteiligt sind. Auch die Frage der Bezüge der obersten Kader muss in Zusammenarbeit mit der Finanzmarktaufsicht (FINMA) und im Aktienrecht klar geregelt werden. Es braucht dazu auch internationale Abmachungen, um Exzesse wie in der Vergangenheit zu unterbinden. Um sich über mögliche Modelle und Lösungen im Rahmen der Aktienrechtsrevision zu informieren, werden sich die Grünliberalen in den nächsten Wochen mit verschiedenen Fachleuten besprechen.

Keine Regulation auf Kosten der KMU

Ein grosses Anliegen der Grünliberalen ist auch, dass nicht die KMU unter allfälligen neue Regulierungen leiden müssen, wie das bisher teilweise der Fall war. Vielmehr gilt es den Wirtschaftsstandort zu stärken, in dem den KMU weiterhin Zugang zu günstigen Krediten gewährleistet wird.

Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien stärken

Die aktuelle Krise zeigt, dass Banken in der Grösse der UBS ein grosses Risiko für die Schweizer Volkswirtschaft darstellen. Es braucht geeignete Massnahmen zur Reduktion von solchen Klumpenrisiken für die Schweizer Volkswirtschaft. Zudem erachten es die Grünliberalen für unabdingbar, dass die Schweiz auch in anderen Wirtschaftszweigen wieder führend wird – so zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien. Ein hochgradig technologisiertes Land wie die Schweiz, mit einer grossen Tradition im Ingenieurwesen und mit führenden Forschungsanstalten wie der ETH/EPFL, muss endlich vermehrt auf Innovationen in diesem zukunftsträchtigen Bereich setzen. Deshalb gehören die Grünliberalen auch zu den Initiatoren eines Innovationsparkes Schweiz.